Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofsgasse Nr. 15.

Nr. 93.

Pränumerationspreise:
Für Laibach: Ganzl. fl. 8-40;
Abstellung ins Ausland: 25 fr.
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Mittwoch, 24. April 1878. — Morgen: Markus.

Insertionspreise: Ein-
spaltige Petitzeile à 4 fr., bei
Wiederholungen à 3 fr. An-
zeigen bis 5 Zeilen 20 fr.

11. Jahrg.

Die neue Phase der Orientfrage.

I.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „N. Allg. Btg.“ einen höchst beachtenswerthen, aus Pera datirten Artikel, den wir im Auszuge hier wiedergeben:

Der Friede von San Stefano ist ratificiert. Mag nun der Kongreß zu stande kommen oder nicht, so dürfte es im großen und ganzen wol bei dem Resultat sein Bewenden haben, daß die unmittelbare Herrschaft der Türken in Europa, mit Ausnahme Konstantinopels und einiger Theile des Vilajets Adrianopel, ein Ende hat. Nicht nur für Rumänien, Serbien und Montenegro, sondern auch für Bosnien und Bulgarien, höchst wahrscheinlich auch für Epirus und Thessalien werden modificierte Existenzbedingungen eintreten, und Europa wird bei der Behandlung der Orientfrage in Zukunft mit diesen Modificationen zu rechnen haben.

Zunächst fallen zwei sehr wesentliche Momente in die Augen: erstens, das Türkenthum hat sich als unfähig erwiesen, im osmanischen Reich ein Regierungssystem einzuführen, welches den ewigen Grundsätzen der Gerechtigkeit, den unerbittlichen Gesetzen der Natur und der Volkswirtschaft und den Ideen des Zeitgeistes entspricht. Ehe ich aber weiter gehe, halte ich es für unerlässlich, zur Vermeidung von Mißverständnissen hier hervorzuheben, daß ich unter dem Ausdruck „Türkenthum“ durchaus nicht die türkische Nation verstehe; im Gegentheil, die einfachsten Begriffe von Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe erfordern es, daß man die vortrefflichen Eigenschaften der Nation, ihre Ausdauer, ihre Genügsamkeit, ihre Anständigkeit, ihre Tapferkeit, ihre

Redlichkeit u. s. w. rühmend anerkenne. Ich verstehe unter Türkenthum nur das Regierungssystem, welches seit dem Pariser Frieden die Geschichte des Landes lenkte, die Kräfte des Landes und der Nation erschöpfte, den Staatsbankrott erklärte, die Russen nach San Stefano führte und fast ganz Rumelien von dem Staatskörper abschneidete.

Der Pariser Friede gewährte der Türkei zwanzig Jahre lang eine garantierte Existenz und Unabhängigkeit, wie hat sie diese Zeit benützt? Einige Zahlen mögen reden.

Die der Pforte unmittelbar unterworfenen Provinzen in Europa, Asien und Afrika enthalten auf 181,000 Quadrat-Kilometern ungefähr 32 Millionen Einwohner; die jährlichen Handelsumsätze dieses Ländercomplexes mit dem Auslande betragen 400 bis 420 Millionen Franken. Vergleichen wir damit nicht die auf der Höhe der Civilisation stehenden Staaten Mitteleuropas oder Nordamerika, sondern zwei benachbarte Regierungen, so finden wir, daß Rumänien auf 121,000 Quadrat-Kilometer etwa 5 Millionen Einwohner zählt, welche mit dem Auslande einen jährlichen Handelsumsatz von circa 225 Millionen Franken machen; daß Griechenland auf circa 50,000 Quadrat-Kilometer 1 1/2 Millionen Einwohner zählt, welche mit dem Auslande einen jährlichen Handelsumsatz von circa 200 Millionen Franken machen. Und doch weiß jedermann, daß von den drei genannten Staaten die Türkei die reichsten und fruchtbarsten Länder besitzt; da aber das türkische Territorium auch sehr viele absolut unfruchtbare Strecken enthält, so wollen wir hier bloß die Einwohnerzahl mit dem Handelsumsatz in Vergleich stellen; in ersterer Beziehung verhalten sich diese drei Länder wie 32, 5 und 1 1/2; in letzterer Beziehung wie 17, 9 und 8. Wir werden später noch auf diese Zahlen zurückkommen.

Wenn es sich bloß um Raubalgerien barbarischer Völkerschaften in Mittelafrica oder in den Ebenen der Gobiwüste handelte, so könnte Europa in aller Gemüthsruhe zuschauen: aber die türkischen Länder liegen im Centrum der alten Welt, und Konstantinopel ist der Schwerpunkt derselben, und somit übt jede Zuckung des türkischen Staatskörpers sofort ihren Einfluß auf Europa aus. Es kann also Europa nicht gleichgiltig sein, was an die Stelle des Türkenthums zu setzen sei.

Zunächst hat sich nun, und das ist das zweite Moment, welches sich dem Beobachter zeigt, das Slaventhum eines großen Theiles von Rumelien bemächtigt, und es ist also gar nicht daran zu zweifeln, daß das Slaventhum künftighin auf die Geschichte der Türkei einen doppelt und dreifach verstärkten Einfluß ausüben wird. Auch hier muß ich wieder bemerken, daß es mir durchaus nicht in den Sinn kommt, die vielfachen slavischen Rassen herabzusetzen; es ist aber durch die Geschichte bewiesen, daß die slavischen Rassen mit wenigen Ausnahmen unfähig sind, einen kräftigen, tüchtigen Bürgerstand zu bilden, und das ist bei den gegenwärtigen Weltverhältnissen ein sehr wesentlicher Mangel. Rechnen wir aber nun noch dazu, daß die neuen slavischen Schöpfungen auf der Balkan-Halbinsel: das unabhängige Serbien, das unabhängige Montenegro, das autonome Bosnien und das autonome Bulgarien, sowie das unabhängige Rumänien, aller Wahrscheinlichkeit nach stark von der russischen Politik beeinflusst werden, so ergibt sich hieraus für das übrige Europa eine bedenkliche Aussicht in die Zukunft; gleich dem alten unabhängigen Bulgarenstaate wird auch das neue Fürstenthum Bulgarien nach dem Besitze von Konstantinopel trachten; Rußland gewiß nicht minder, und sollte sich diese Idee im Laufe der

Fenilleton.

Gerhard van Swieten als Censor.

II.

Der Kampf gegen die Jesuiten, deren souveräne Stellung zu erschüttern van Swieten zwar gelungen war, welche aber noch immer in der Censurkommission Sitz und Stimme hatten, pflanzte sich im Schoße dieser Behörde fort. Die erste Gelegenheit für van Swieten, den Mönchen mit Erfolg die Stirn zu bieten, bot das Erscheinen von Montesquieu's „Esprit des lois“.

Das berühmte Buch war im Jahre 1748 unter den alten Censurverhältnissen durch den Einfluß der Väter Jesu, welche sich vom Autor im sechsten Kapitel des vierten Buchs nicht mit dem gehörigen Respekt behandelt sahen, in Oesterreich verboten worden. Im folgenden Jahre gelangte es mit anderen verbotenen Büchern einer Verlassenschaft vor die Revisoren, welche nach van Swieten's Vorschlag eingesezt worden waren, und es entspann sich alsbald ein lebhafter Kampf. Die weltlichen Revisoren forderten unbedingte Zulassung, die beiden Jesuiten de Biel und Pol widersetzten sich und forderten, daß den „Esprit“

zu lesen, theils wegen einiger zweideutiger Glaubensstellen, theils in Bezug auf den politischen Inhalt, nur „viris prudentibus et eruditibus“ gestattet werden möge. Die Mehrheit der Mitglieder, van Swieten voran, entschied sich für unbedingte Freigebung. Die Sache gelangte zur Entscheidung an die Kaiserin. Diese forderte die Jesuiten auf, ihr Gegenurtheil zu begründen, welche aber, statt zu entsprechen, durch Wegbleiben von den Sitzungen und in anderer Weise versuchten, die Sache in die Länge zu ziehen und so die Gegner zu ermüden.

Dieser perfide Vorgang empörte van Swieten und veranlaßte ihn zu einem entschiedenen Schritte. Er richtete an die Kaiserin eine jener „Noten“, in welchen er ohne Rückhalt und ohne unterwürfige Phrase zu sagen pflegte, was er für recht hielt. Er erzählte den Hergang und beleuchtete das Manöver der Jesuiten. Der Erzbischof und sein Theologe hätten das Buch gut geheißt, und es wolle ihm scheinen, daß die Autorität des Prälaten höher stehe, als die der frommen Väter. Es bedeute, ihnen mehr Rechte einräumen, als ihnen zukommen, wenn man auf ihr Verlangen den Verkauf eines Buches einstelle, welches die Theologen in der Kommission günstig beurtheilten. Die Wirkung war eine vollständige, die Kaiserin

entschied in van Swieten's Sinne, und das Werk des genialen Franzosen wurde in Oesterreich freigegeben. Dieser Erfolg steigerte das Ansehen van Swieten's, und Montesquieu selbst erklärte sich als seinen aufrichtigen Verehrer.

Von höchstem Interesse ist es, zu sehen, wie van Swieten nun den Kampf gegen die Jesuiten in der Kommission fortführt, wie er ihre Privilegien in Bezug auf Bücherdruck bekämpft und den Präses der Kommission, Grafen Schrattenbach, einen Parteigänger der Jesuiten, durch sein entschiedenes Auftreten zum Rücktritte zwingt. Die Kaiserin bewahrt van Swieten ihr volles Vertrauen und überträgt ihm (1759) das Präsidium der Kommission. Hiemit war das Feld seiner Thätigkeit erweitert und es konnten nun seine Eigenart, seine Anschauungen und Ueberzeugungen zu höherer Geltung gelangen.

Um die Thätigkeit van Swieten's als Censor richtig zu beurtheilen, muß man berücksichtigen, daß ihm als Vorsitzenden durchaus nicht eine entscheidende Stimme bei der Beurtheilung von Büchern zukam und daß er wol auch mitunter ein Verdict zu vertreten hatte, gegen das er als Censor gestimmt. Die Strenge, welche er gegen schlüpfrige oder irreligiöse Werke ausübte, diente ihm, wie Sonnensfeld sagt, als Schild, an welchem

Zeiten verwirklichen, so ist Rußland der Schiedsrichter der alten Welt, Europa wird „kosakisch.“

Seit mehr als 50 Jahren, d. h. seitdem Genz die „Orientfrage“ erfand, lastet diese Frage auf Europa; instinktmäßig fühlt man, daß die Herrschaft des Slaventhums am Bosphorus für Europa unheilvoll ist; aber die Experimente, welche man vornahm, um diesem Unheil vorzubeugen, haben sich als verfehlt erwiesen. Die Schöpfung eines unabhängigen Griechentums hätte mit der Zeit einen kräftigen Damm gegen das Slaventhum bilden können, aber die lächerlichen Grenzen dieser neuen Schöpfung, die weder mit der Zahl der griechischen Bevölkerung noch mit den geistigen Fähigkeiten der griechischen Nation im Verhältnis waren, verdammt sie von vornherein zu einer verkrüppelten und rhachitischen Existenz.

Die unter Sultan Mahmud II. begonnenen und unter Sultan Abdul Medschid und Abdul Aziz fortgesetzten Reformen unter Führung von Reschid Pascha, Fuad Pascha und Ali Pascha weckten eine Hoffnung, daß das Türkenthum im Stande wäre, sich zu regenerieren; aber ohne zu untersuchen, ob die verkündigten Reformen ernstlich gemeint waren oder nicht, ob sie mit den Anschauungen und Begriffen der Mehrzahl des türkischen Beamtenthums stimmten oder nicht, beruhigte Europa sich dabei, und man that höchst verwundert, als Kaiser Nikolaus die Türkei für krank erklärte. Dank der französisch-englischen Allianz kam die Türkei noch verhältnismäßig sehr glücklich aus dem Krimkriege heraus, und der Pariser Friede sanctionierte die diplomatische Arbeit der letzten 15 Jahre. Die Complimente, welche bei diesem Anlaß dem Türkenthum gemacht wurden, nahm man in der Türkei für bare Münze, und das Türkenthum feierte zwanzig Jahre lang wahre Orgien von finanzieller, industrieller und politischer Mißregierung, unter den wiederholten Beifallsbezeugungen und Glückwünschen der europäischen Diplomatie, der russischen Diplomatie, weil diese recht gut begriff, daß das Türkenthum im russischen Interesse ganz vorzüglich arbeitete, und der übrigen Diplomatie, weil diese sich nicht in ihrer olympischen Ruhe stören lassen wollte.

Diese idyllischen Zeiten sind aber unwiederbringlich vorbei, und sowol der Orient als Europa stehen vor dem Problem, wie man sich der Uebergriffe des Slaventhums erwehren solle: denn Uebergriffe zeigt schon der Friede von San Stefano. Jedermann wird gewiß gern den Bulgaren, den Bosniaken, den Herzegowinern eine menschenwürdige Existenz gönnen und eine Regierung,

welche ihnen gestattet, die reichen Hülsquellen ihres Bodens auszunützen und die eigenthümlichen Fähigkeiten der Bewohner auszubilden. Aber das Prinzip, welches in dem Frieden von San Stefano die Grenzen von Bulgarien absteckte, ist trotz der Versicherung des Fürsten Bismarck, der sich dabei auf die ethnographische Karte der Türkei von Kiepert berief, ein entschieden falsches Prinzip, was sogar mit der bisherigen Vergangenheit des Fürsten Bismarck selbst im Widerspruch steht und dessen Geltendmachung für Europa und für den Weltfrieden die größten Gefahren birgt. Dies zu beweisen, wird der Zweck eines zweiten Artikels sein.

Die Unterhandlungen.

Wir stellen im Folgenden die wichtigsten Nachrichten über die schwebenden Verhandlungen zwischen Berlin, London und Petersburg zusammen: Berlin, 22. April. „N. W. Tzgt.“ In diplomatischen Kreisen verlautet, daß das englische Kabinett den Vorschlag Deutschlands, die Flotte aus dem Marmara-Meer zu entfernen, unter solchen Vorbehalten acceptiert habe, welche einer Ablehnung des Vorschlags gleichkommen. Lord Salisbury soll nämlich solche militärische und politische Gegenconcessionen verlangt haben, welche geeignet sein würden, alle Erfolge Rußlands zu annullieren. Unter den militärischen Forderungen soll auch die Bedingung des Rückzuges der russischen Armee bis jenseits des Balkans sein. Man hält daher in gut unterrichteten Kreisen den in Rede stehenden Vorschlag Deutschlands für völlig gescheitert.

London, 22. April. Die Journale discutieren den von Deutschland proponierten militärischen Compromiß nicht sehr günstig und weisen darauf hin, daß Rußland durch denselben mehr gewinnen würde als England. Die „Times“ würden jeden wirklichen Compromiß willkommen heißen. „Daily-Telegraph“ glaubt, die wesentliche Differenz zwischen England und Rußland würde unberührt bleiben, selbst wenn das proponierte Arrangement zur Zufriedenheit aller Parteien ausgeführt würde. Der „Standard“ bezweifelt, ob Rußland einwilligen würde, von Konstantinopel sich zurückzuziehen, so lange Fürst Bismarck Oesterreich zurückhalte.

London, 22. April. Den „Times“ wird aus Petersburg vom 21. d. telegraphiert: Die Kabinette von London und Petersburg sind willens, das Prinzip zu acceptieren, der Kongreß möge zusammentreten, um die in den bestehenden Verträgen nothwendigen Veränderungen zu prüfen;

aber England besteht auf der klaren und förmlichen Anerkennung des Prinzips, nach welchem alle großen Veränderungen im Oriente, wie solche der Vertrag von San Stefano vorschlägt, europäische und nicht russisch-türkische Fragen bilden. Rußlands Annahme des Prinzips hängt sehr von der Formulierung desselben ab. Die Unterhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich nehmen einen thätigen Fortgang. Die Gesichtspunkte nähern sich allmählig, Oesterreich wünscht keinen Gebietszuwachs, sondern eine Ausdehnung der Sphäre seines politischen, militärischen und kommerziellen Einflusses, insbesondere die Erlangung der Eisenbahn Salonichi-Mitrowiza.

Petersburg, 22. April. Angesichts der irrigen Commentare über die im Zuge befindlichen Unterhandlungen constatirt die „Agence Russe“, daß, nachdem das Berliner Kabinett seine guten Dienste angeboten, kein Zweifel hinsichtlich der loyalen, praktischen und logischen Bedingungen seiner Vermittlung gestattet sei.

Die „Agence“ bestätigt die prinzipielle Zulassung der gleichzeitigen Räumung und der Nothwendigkeit, dieselbe in einer Weise zu bewerkstelligen, daß die Entfernung für die russische Armee und die englische Flotte eine gleiche werde, indem man die Zeit zur Wiedererreichung der geräumten Stationen in Rechnung zieht. Die Pourparlers über die Räumung dauern fort. Nach erzieltm Einvernehmen wird die Vorkonferenz zusammentreten können, um das Kongreßprogramm festzustellen. Von dem Ergebnis des Meinungsaustausches zwischen den Kabinetten über die Verhandlungsfrage hängt die Wahrscheinlichkeit des Kongreßzusammentritts ab.

Tagesneuigkeiten.

— Kronprinz Rudolf in Prag. Seine kais. Hoheit Herr Kronprinz Rudolf wird, wie der „Boh.“ aus Wien geschrieben wird, Mitte des nächsten Monats bestimmt in Prag eintreffen, um unter Leitung des Landeskommandirenden Fz. M. Freih. v. Philippovic den militärischen Dienst praktisch zu üben und sich speziell in der Führung eines Brigadekommandos zu erproben. Der Kronprinz wird während seines Aufenthaltes in Prag alle Truppenübungen mitmachen und bei den großen Manövern im August und September vor den Augen seines kaiserlichen Vaters als Brigadier kommandieren. Die Dispositionen dürften derart getroffen werden, daß Herr Major Erzherzog Friedrich in der von dem Kronprinzen kommandierten Brigade

die aus dem Hinterhalt abgeschossenen Pfeile der entsehten Censoren (der Jesuiten) abgeleiteten, die nichts unversucht ließen, die Gewissenszärtlichkeit der Kaiserin über diesen Punkt zu beunruhigen. Wer wollte unter solchen Umständen ein übergroßes Gewicht darauf legen, daß van Swieten der Gesinnung der Kaiserin das eine und das andere Zugeständnis machte, indem er Bücher verurtheilte, denen eine unbefangene Auffassung ohne Bedenken den Freibrief erteilt hätte? Ein Abgehen von dieser Haltung hätte ihm das Vertrauen der Kaiserin entzogen und Männern das Geste in die Hände gespielt, deren Anschauungen und Grundsätze in einer überwindenen Zeit wurzelten. Daß er aber seinen Einfluß auf die Entschlüsse Maria Theresia's voll einsetzte, wenn es darauf ankam, Bücher von hohem politischen Werthe und zugleich von freieren Tendenzen für die Oeffentlichkeit zu gewinnen, muß ihm die Anerkennung der Nachwelt sichern. Dies gilt besonders von dem Widerstande gegen die mittelalterlichen Ansprüche der Kirche, welche sich mit den Rechten des Staates in Widerspruch setzten.

Den schwersten Kampf hatte van Swieten gegen die Jesuiten zu führen, die Gewissensräthe des kaiserlichen Hofes und die erbittertsten Gegner jeder Toleranz und jeder selbständigen Entwicklung

der Staaten. Van Swieten belehrte die Monarchin ohne Zurückhaltung und mit Worten, die eine tiefe Entrüstung geschärft, über den Mißbrauch, den die Jesuiten mit ihren Privilegien trieben, und wie sie keinen Anstand nahmen, durch unwahres Zeugnis sich im Besitze ihrer Freiheiten und damit einer ergiebigen Geldquelle zu erhalten. Streben nach Bereicherung bezeichnete er geradezu als das wahre Ziel der Gesellschaft und die Religion als einen Vorwand für sie, die Frömmigkeit der habsburgischen Monarchen zu mißbrauchen. Es gelang ihm, die Jesuiten allmählig aus dem Censurcollegium zu entfernen und so den Vertretern der Neuzeit, den Freunden des modernen Staates die Wege zu bahnen. An der epochemachenden Wendung im Verhältnisse des Staates zur Kirche, welches den ersteren aus der Botmäßigkeit der letzteren befreite, hatten selbstverständlich diejenigen, welchen es oblag, von Staatswegen über die Literatur zu urtheilen, einen wichtigen Antheil.

Im Jahre 1764 gelangte als der erste Repräsentant der neuen Richtung das Buch des Trierer Weihbischofs Hontheim „Justi Febronii de statu ecclesiae et legitima potestate Romani pontificis“ nach Wien. Seine Tendenz, an die Stelle der päpstlichen Monarchie die Kirchenfreiheit

des alten Christenthums zu setzen und der weltlichen Gewalt einen Antheil an dem Kirchenregiment zuzuweisen, hatte ihm kurz vor seinem Erscheinen einen Platz auf dem römischen Index verschafft. Die Wiener Censurbehörde aber gab das Buch frei. Selbst der Kardinalerzbischof hatte nichts dagegen einzuwenden, und der von Rom verpönte Febronius wurde allenthalben verkauft und gelesen. Aber bald änderte der Erzbischof seine Haltung, hierarchische Interessen und wol auch äußere Einflüsse scheinen ihn bestimmt zu haben, sich erst, natürlich fruchtlos, an van Swieten, dann an die Kaiserin zu wenden. Aber van Swieten trat aufs entschiedenste für das Botum der Censur ein. Er stellte der Kaiserin vor, in der Kommission sei das Buch zweimal, auch von den theologischen Censoren, gelesen und gutgeheißen worden, ja der Erzbischof habe unter der Hand den Buchhändlern bedeuten lassen, sie würden gut thun, mehr Exemplare davon zu bestellen. Febronius unterstützte die Rechte der Souveräne und es scheint ihm, daß die römische Curie, einen Streit mit den weltlichen Gewalten vorhersehend, sich nun der Bischöfe bedienen wolle, um ein ihren Interessen widerstrebendes Buch zu unterdrücken. Die Kaiserin entschied in van Swietens Sinne. Leider hatte die ultramontane Partei kurz

dient. Daß gerade die Station Prag für die praktische Dienstleistung des Kronprinzen gewählt wurde, wird in militärischen Kreisen als ein Zeichen des besonderen Vertrauens gedeutet, das der Monarch hiemit dem H. M. Baron Philippovic gibt.

— Attentat gegen den Fürsten Thurn-Taxis. Ein Handelsagent, Namens Bernhard Wild, hat Montag nachmittags wenige Minuten nach fünf Uhr ein Mordattentat gegen den Oberstallmeister des Kaisers, General der Kavallerie Fürst Emerich Thurn-Taxis, ausgeführt und ist an Ort und Stelle festgenommen worden. Das „N. W. Tzbl.“ bringt hierüber folgende Einzelheiten: „Fürst Thurn-Taxis wohnte gestern dem ersten Frühjahrsrennen in der Freudenau bei. Ungefähr um 2 Uhr nachmittags passierte er mit seinem englischen Biererzug, den er selbst lenkte, die Hauptallee des Praters und verließ vor halb 5 Uhr die Rennbahn. Während der Fahrt unterhielt er sich mit dem ihm zur Linken sitzenden Oberceremonienmeister Grafen Koloman Hunyady. Als der Wagen beim Eisenbahnviaduct der Verbindungsbahn am Praterstern anlangte, fielen plötzlich zwei Schüsse. Das erste Projektil flog an der Brust des Prinzen vorüber, ohne ihn aber glücklicherweise zu beschädigen. Es ist begreiflich, daß dieser Vorfall unter den vom Rennen Heimkehrenden sowie unter den zahlreichen Praterbesuchern großen Schrecken hervorrief. In einem Zeitraume von nur wenigen Sekunden hatten sich an jener Stelle Hunderte von Menschen angesammelt, und jeder Verkehr aus und nach dem Prater war gehemmt. Die Menge umringte das Gespann des Fürsten, welches außerhalb des Praters hielt. Der Fürst sowohl, gegen den der Mordanschlag gerichtet war, als auch sein Begleiter, Graf Hunyady, waren mittlerweile abgestiegen und hatten sich einer Gruppe genähert, in deren Mitte ein noch junger, anständig gekleideter Mann mit leichtenfahlem Gesichte stand, der von einem Zivilisten und einem Sicherheitswachmanne gehalten wurde. Hier erst erfuhr der Fürst, daß gegen ihn ein Attentat geplant war. Der eingangs erwähnte Handelsagent Bernhard Wild, ein 31jähriger Mann, hatte aus einem mehrläufigen Revolver aus einer Entfernung von beiläufig zwanzig Schritten zwei Schüsse gegen den Oberstallmeister abgefeuert. Die erste Kugel drang in eine der eisernen Säulen des Viaductes, während der zweite Schuß in die Luft gegangen zu sein scheint, da dem Attentäter im selben Augenblicke ein Magazineur, Namens Schönborn, und der Sicherheitswachmann Schuppich in die Arme fielen. Wild, am ganzen Körper zitternd, wurde bald darauf, gefolgt von vielen Hunderten von Personen, auf das Polizeikommissariat im Prater escortiert und

dort angelangt sofort einem Verhöre unterzogen. In der Absicht des Attentäters war es gelegen, den Fürsten zu tödten. Nach längerer und reiflicher Ueberlegung war er gestern zur Ausführung seines Planes geschritten, und daß dieser mißlang, kann nur einem glücklichen Zufalle zugeschrieben werden. Die Motive, die Wild zu dieser That veranlaßt haben, sind folgende: Der Attentäter will sein Vermögen bei der Asscuranz-Gesellschaft „Europa“, dessen Verwaltungsraths-Präsident angeblich Fürst Thurn-Taxis gewesen sein soll, verloren haben. Auch der Schwager Wilds, ein derzeit in Pest lebender Privatbeamter, Namens Falkowitz, soll gleichfalls bei dieser Gelegenheit sein Vermögen eingebüßt haben. Weil nun der Fürst angeblich seinerzeit jene Stelle bei der bezeichneten Asscuranz-Gesellschaft bekleidet hat, ersuchte ihn Wild kürzlich im schriftlichen Wege um eine Unterstützung. Das Gesuch soll aber abschlägig beschieden worden sein, und aus Rache hierüber beschloß Wild, den Fürsten zu tödten. Er hatte erfahren, daß sein Opfer den Rennen in der Freudenau beiwohnen werde, und deshalb lauerte er unter dem Eisenbahnviaducte am Praterstern dem Fürsten auf. Daß die That nach reiflicher Ueberlegung vollführt wurde, geht namentlich daraus hervor, daß Wild vorige Woche in der Nähe der Militärschießstätte im Prater von einem Sicherheitswachmanne bei Schießversuchen mit einem Revolver betreten und arretiert wurde. Wild erklärte damals, daß er zur eigenen Sicherheit die Waffe sich angeschafft habe und nun Versuche anstelle, um dieselbe hantieren zu können. Der Revolver wurde ihm abgenommen, und da gegen ihn keine weiteren Bedenken vorliegen, die seine Inhaftnahme begründet hätten, wurde er in Freiheit gesetzt, jedoch wegen Uebertretung des Waffengesetzes der competenten Behörde angezeigt. Die Nachricht von dem Mordattentate hatte sich mit außerordentlicher Schnelligkeit überall verbreitet. Von dem Kaiser, von den Herren Erzherzogen und von der Aristokratie langten an den Fürsten Gratulationen an. Der Attentäter ist noch im Laufe der Nacht dem Landesgerichte eingeliefert worden. Er ist ledig und wohnte zuletzt in der Taborstraße.

— Nach 322 Jahren. Am verflossenen Donnerstag hat eine Privatgesellschaft in Lobositz in die dortige Sparkasse den Betrag von 17 fl. mit der Bestimmung eingelegt, daß dieses Kapital sammt allen Interessen erst im Jahre 2200 zur Errichtung und Erhaltung eines Waisenhauses in Lobositz verwendet werden solle. Man hat berechnet, daß dieses kleine Kapital während der angegebenen Zeit, also nach 322 Jahren, auf elf Millionen Gulden angewachsen wird.

darauf, als ein deutscher Auszug aus Febronius erschienen war, besseren Erfolg, indem sie die Kaiserin für die Anschauung gewann, daß ein Buch, das im Original von den Gelehrten ohne Schaden gelesen werden, dem „gemeinen Volke“ zu Aergernis gereichen könne, weil es diesem an der wahren Beurtheilungskraft gebreche. Es wurde nicht nur die deutsche Ausgabe, sondern auch das lateinische Original verboten. Umsonst wagte van Swieten noch einen letzten Versuch, umsonst versicherte er der Kaiserin, daß das Buch nichts gegen den Glauben, gegen die Kirche und ihr Oberhaupt enthalte, und das, was Febronius gegen den römischen Hof vorbringe, habe schon der h. Bernhard dem Papst Eugen mit noch viel stärkeren Worten gesagt. Das Buch blieb über vier Jahre lang verboten und wurde dann nur bedingt zum Verkaufe an Gelehrte und „sonst bescheidene Käufer“ gegen Erlaubnißschein des Censurcollegiums freigegeben.

Dem Werke Fonteinens folgten zwei Bücher, die nicht geringes Aufsehen erregten, die Schrift eines Ungenannten: „De l'autorité du clergé et du pouvoir du magistrat publique“, und der „Belisaire“ des Marmontel. Ungeachtet beide in Paris unterdrückt worden waren, gab sie die Wiener Censur frei, und auch die geistlichen Cen-

soren stimmten zugunsten des erstgenannten Buches. Wieder war es der Erzbischof, der bei der Kaiserin auf ein Verbot des Buches drang, in welchem er die kezerischen Lehren Arnolds von Brescia wiederfinden wollte und daraus besonders hervorhob, daß der weltlichen Autorität darin das Recht eingeräumt werde, den äußeren Gottesdienst zu untersuchen, und dem Landesfürsten, die geistlichen Gelübde aufzulösen und den Priestern die Ehe zu gestatten. Dem gegenüber hielt van Swieten das Urtheil des Censurcollegiums aufrecht und berief sich darauf, daß das Buch dem Landesfürsten nicht mehr Rechte einräume, als ohnehin aus dem königlichen Placet entspringen. Nach langem Kampfe drang van Swieten auch hier durch. In ähnlicher Weise trat er auch für den „Belisaire“ ein, doch hier nicht mit so vollständigem Erfolge, indem das 15. Kapitel des Buches auf Magazzi's Intervention gestrichen und der Abdruck nur ohne dasselbe zugelassen wurde. Doch brachte es van Swieten dahin, daß der Buchhändler Trattner die Erlaubniß erhielt, seinen Vorrath unverändert abzusetzen.

So nahm van Swieten, persönlich ein strenggläubiger Katholik, der täglich die Messe hörte, monatlich zur Weichte ging und an allen Feier-

Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Personalnachricht.) Der Herr Landespräsident Ritter v. Kallina ist mit dem gestrigen Wiener Schnellzuge in Laibach angekommen und wurde auf dem Perron des hiesigen Südbahnhofes vom bisherigen Leiter der krainischen Landesregierung, Regierungsrath Dr. N. v. Schöppel, von den Regierungsräthen: Grafen Chorinsky, v. Klabung, Gotschewar, Freiherrn v. Pascontini und Dr. Ritter v. Stöckl, vom Fürstbischöfe Dr. Pogacar, vom Landeshauptmanne Dr. Ritter v. Kaltenecker und von anderen Angehörigen des Staatsbeamtenkörpers freundlich begrüßt. Der Bürgermeister unserer Stadt hat dem Herrn Landespräsidenten Ritter v. Kallina unmittelbar nach seiner Ankunft im Hotel „Stadt Wien“ die Aufwartung gemacht.

— (Die Kontrollversammlungen der Landwehr) finden statt, betreffend das Landwehrbataillon Nr. 24 (Rudolfswerth): am 6. Oktober 1. J. in Rudolfswerth, am 8. in Mödling, am 9. in Tschernembl, am 11. in Gottschee, am 12. in Reifnitz, am 13. in Großlaschitz, am 15. in Seisenberg, am 16. in Treffen, am 17. in Sittich, am 18. in Littai, am 19. in Matschach, am 20. in Gurkfeld, am 21. in Landtraß und 23. in Nassensfuß; bezüglich des Bataillons Nr. 25 (Laibach): am 1. Oktober 1. J. in Oberlaibach, am 2. in Voitsch, am 3. in Laas, am 4. in Adelsberg, am 5. in Feistritz, am 6. in Senofetsch, am 7. in Wippach, am 9. in Idria, am 11. in Bischofslad, am 12. in Krainburg, am 13. in Neumarkt, am 14. in Radmannsdorf, am 15. in Kronau, am 17. in Stein, am 18. in Egg ob Podpetsch und am 20. in Laibach.

— (Aus dem Vereinsleben.) In Unterschischka wurde ein dort gegründeter Citalnicoverein am Ostermontag eröffnet; als Vorsteher fungiert Herr Jakotnik und als Kassier Herr Burger. Der Jahresbeitrag für jedes Vereinsmitglied wurde mit 1 fl. 50 kr. festgesetzt.

— (Der Verein der Aerzte in Krain) hielt am 3. d. M. in Laibach eine Versammlung ab, der 18 Mitglieder beiwohnten. Der Vereinsobmann Herr Dr. Schiffer begrüßte die Versammlung und theilte die Einkünfte mit. Die Versammlung faßte sofort folgende Beschlüsse: 1.) Es seien nach Antrag Dr. Reesbacher's Vereins-Besessialien zu errichten, und werde mit der Durchführung dieses Beschlusses die Vereinsleitung unter Beiziehung des Antragstellers betraut. 2.) Der Verein der Aerzte in Krain tritt dem Vereinsverbande der österreichischen Aerzte bei. 3.) Der Verein der Aerzte in Krain wird in Form einer Petition dem hiesigen Gemeinderathe folgende Fragen zur Erledigung an-

tagen eine Stunde in religiöser Betrachtung verbracht, doch entschieden Partei gegen das herrschende Kirchensystem, er gehörte seiner Ueberzeugung nach den Jansenisten an, welche in Holland unter Führung des Bischofs von Utrecht sich von der päpstlichen Kirche getrennt hatten, indem sie als strenggläubige Katholiken zwar den römischen Primat anerkannten, jedoch die Unfehlbarkeit des Papstes verwarfen, der weltlichen Gewalt ebenso entschieden ergeben waren, als sie die Sittenlehre der Jesuiten verwarfen.

Im Jahre 1771 sah sich van Swieten durch die Abnahme seiner Kräfte genöthigt, von dem Vorsteher der Censurkommission rücktutreten, aber bald kehrte er zu der liebgewordenen Thätigkeit wieder, und bis zu seinem Tode, der den 18. Juni 1772 in Schönbrunn erfolgte, beschäftigte ihn der Kampf mit den Jesuiten, welche besonders in den Provinzkommissionen noch immer Vertheidiger ihrer Ansprüche fanden.

Nach van Swieten's Tode erhob die ultramontane Partei wieder ihr Haupt, sie hatte ihren entschiedensten und einflussreichsten Gegner verloren, und erst nach dem Tode der Kaiserin fanden freiere Grundsätze in der Bücherbeurtheilung ihren Eingang.

empfehlen: a) die Regelung der Rehrichfrage nach den Sanitätsenquetebeschüssen als unerläßliche Vorbedingung zur Regelung der Senkgrubenfrage; b) Herausgabe einer Norm für Herstellung der Senkgruben; c) Anschaffung sogenannter pneumatischer Abfuhrwagen und Verpachtung der Uebergabe des Abfuhrwesens; d) möglichste Vermehrung der öffentlichen Brunnen und strengste Handhabung der Brunnenordnung; e) Herstellung einer einfachen Schlachthütte für das Kleinstvieh; f) Befestigung der Ablagerung der schmutzigen Wäsche in den Hausläuben.

— (Aesthetik der Tonkunst.) P. Seydler hält seinen nächsten Vortrag Donnerstag den 25. d. M., abends um 5 Uhr, in den Lokalitäten der hiesigen Lehrerinnenbildungsanstalt. Dieser Vortrag wird den Bau und die Functionen des menschlichen Ohres erklären und von Demonstrationen begleitet sein. In der Erwägung, als dieses Thema von allgemeinerem Interesse sein dürfte, werden ausnahmsweise für den morgigen Vortrag auch Separatkarten à 60 kr. in Karl Tills Buchhandlung ausgegeben.

— (Todfall.) Gestern wurde in Hotederschitz bei Loitsch der dortige Pfarrer Herr Anton Cerne, ein geborner Laibacher, zu Grabe getragen. Der Verstorbene war ein Mann von aufrichtiger Frömmigkeit und großem Berufseifer.

— (Theater Vorstellungen.) In Krainburg hat eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Theatergesellschaft, die im Verlaufe des Winters zu Wöllermarkt in Kärnten Vorstellungen gab, ihre Bette aufgeschlagen und gedenkt, durch einige Wochen dem Krainburger Publikum Unterhaltung zu verschaffen. Die erste Vorstellung fand am Ostermontag statt.

— (Freunden der Fischerei) theilen wir mit, daß am 22. d. in Leoben ein gut besuchter Fischereitag abgehalten wurde; demselben wohnten Delegierte des österreichischen Ackerbauministeriums und der Grazer Statthaltereie, einige Mitglieder des Fischereigeschäftsrathes des Abgeordnetenhauses und Großgrundbesitzer aus Steiermark, Krain, Nieder- und Oberösterreich bei. Der Fischereitag beschloß die Abfassung und Ueberreichung einer Petition an das Abgeordnetenhause des Reichsrathes wegen enblicher Regelung der Fischereirechte und die Gründung einer Fischereigenossenschaft.

— (Von der Südbahn.) Der Spar- und Vorshußverein für Südbahnbedienstete, der seinen Sitz in Wien hat, zählte mit Schluß 1877 1943 Mitglieder, und der Gesamtgeldverkehr im Jahre 1877 belief sich auf 490,000 fl.

— (Aus dem Gewerbegeetze.) Der § 74 des Entwurfes der neuen Gewerbe-Ordnung enthält in Rücksicht auf die weitere geistige Ausbildung der Hilfsarbeiter und Lehrlinge nachstehende Bestimmung: „Die Gewerbsinhaber sind verpflichtet, den Hilfsarbeitern bis zum vollendeten 18. Lebensjahre und den Lehrlingen bis zur vollendeten Lehrzeit zum Besuche der zugebote stehenden gewerblichen Abend- und Sonntagsschulen, Vorbereitungs-, Fortbildungs- oder Fachcurse die erforderliche Zeit einzuräumen und sie zum regelmäßigen Besuche derselben anzuhalten, insoweit diese nicht nachweisen, die in solchen Anstalten gebotene Ausbildung schon in anderer Weise erhalten zu haben.“

Zur Grundsteuer-Regulierungsfrage.

Nach Inhalt des von der österreichischen Regierung im Abgeordnetenhause des Reichsrathes eingebrachten Gesetzesentwurfes, wodurch mehrere Paragraphen des Gesetzes, betreffend die Grundsteuer-Regulierung, eine Aenderung erfahren sollen, wäre die Einschätzung nicht mehr durch gewählte und Diäten beziehende Mitglieder der Bezirkskommissionen mit dem betreffenden Referenten, sondern von dem Referenten allein, unter Beziehung von Vertrauensmännern aus den Gemeinden, vorzunehmen; diese

Vertrauensmänner hätten für ihre Function ein Entgelt aus dem Staatschatze nicht zu erhalten. In Abgeordnetenkreisen soll sich eine lebhaftere Opposition gegen diese neue Regierungsvorlage kundgeben, man erblickt in den projektierten Gesetzesänderungen die Anzeichen einer Verschleppung des Grundsteuer-Regulierungsgeschäftes. Eine nicht geringe Zahl von Reichsrathsabgeordneten behauptet entgegen der wachgewordenen Opposition, daß eine gedeihliche und zufriedenstellende Beendigung der Grundsteuer-Regulierung nur auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege in verhältnismäßig kurzer Zeit erwartet werden könne.

Einige Abgeordnete geben der Besorgnis Ausdruck, daß sich in manchen Kronländern die zur selbständigen Abwicklung der Grundsteuer-Regulierungsarbeiten erforderlichen Referenten gar nicht vorfinden dürften. Die Selbstschätzung ergibt in jenen Ländern befriedigende Resultate, in welchen die Bevölkerung die hierzu nothwendige Befähigung besitzt. Die Erfahrung jedoch hat den Nachweis erbracht, daß es in manchen Provinzen Oesterreichs an tüchtiger Befähigung fehlt, daß viele zur Selbstschätzung berufen und als Kommissionsglieder fungierende Steuerträger so zu sagen als das „fünfte Rad beim Wagen“ zu betrachten waren und doch hierfür nicht unbedeutende Bezahlungsgelder (Diäten) aus dem Staatsfädel bezogen haben.

In der neuen Regierungsvorlage wird dem Principe der Selbstschätzung immerhin befriedigende Rechnung getragen. Die Centralcommission hat über die Tarife sofort nach Beendigung des Einschätzungsgeschäftes zu entscheiden. Die bisher vorliegenden Resultate sind derart unerschütterlicher Natur, daß die Ansicht immer tiefere Wurzel faßt: bessere Ergebnisse wären zweifelsohne auf kürzerem und minder kostspieligem Wege zu erreichen gewesen.

Es werden kritische Stimmen laut, die mit der Bemerkung hervortreten, daß die Centralcommission schon vor der Einschätzung zur vorläufigen Nichtigstellung aller Ländertarife hätte schreiten sollen; Aufgabe dieser Kommission wäre es gewesen, von höheren Gesichtspunkten auszugehen und die Einflüsse, die bei Durchführung des Grundsteuer-Regulierungsgesetzes sich geltend gemacht haben, genau zu beobachten und zu registrieren, um bei der Regulierung auf Abhilfe der bestehenden Uebelstände zu dringen.

Die „Linger „Tagespost“ stellt folgende Fragen: Wollen wir eine entsprechende Regelung der Grundsteuer, oder wollen wir dies nicht? Wollen wir, daß die bisher für die Grundsteuer-Regulierungsarbeiten verausgabten 19 Millionen Gulden eine unnütze, unfruchtbare Ausgabe bilden sollen, oder wollen wir die bisher gemachten theuren und bitteren Erfahrungen benutzen, um auf Grund derselben das Gesetz zu ändern und diese Angelegenheit zum endlichen und gedeihlichen Abschluß zu bringen? (Schluß folgt.)

Witterung.

Laibach, 24. April.

Trübe, regnerisch, schwacher SO. Wärme: morgens 7 Uhr + 8.8°, nachmittags 2 Uhr + 9.9° C. (1877 + 3.6°; 1876 + 20.8° C.) Barometer 731.83 mm. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 11.3°, um 1.4° über dem Normale; der gestrige Niederschlag 0.40 mm. Regen.

Verstorbene.

Den 23. April. Vertraud Gorin, Arbeiterweib, 67 J., Ballhausplatz Nr. 2, Brechdurchfall.

Gedenktafel

über die am 29. April 1878 stattfindenden Licitationen.

3. Feilb., Graf v. Lantieri'sche Real., Gut Slap, LG. Laibach. — 3. Feilb., Langer'scher Hausantheil, Laibach, LG. Laibach. — 2. Feilb., Terzbubovi'sche Real., Gut Kleinlaak, LG. Laibach. — 3. Feilb., Zaverl'sche Real., Feichting, BG. Krainburg. — 2. Feilb., Losina'scher Real., Stove, BG. Rastensub. — 1. Feilb., Zwerl'sche Real., Pühnerdorf, LG. Laibach. — 1. Feilb., Tekaucic'sche Real., Birkenthal, BG. Seisenberg.

Telegramme.

Paris, 23. April. Einer Meldung der Korrespondenz „Havas“ zufolge ging der Antrag des beiderseitigen Rückzuges vom Fürsten Bismarck aus, welcher, unabhängig von diesem Antrag, in offiziöser Weise durch die deutschen Botschafter die Einladung an die Mächte richtete zum Zusammenritte eines Kongresses in Berlin behufs Revision der Verträge von 1856 und 1871, unter Rücksichtnahme auf die neue Lage des Orients. Alle Mächte, ausgenommen England, erklärten sich bereit, die Einladung reservellos anzunehmen; England stellt als Bedingung seiner Theilnahme am Kongresse, daß Rußland erkläre: alle aufgetauchten Fragen von europäischem Charakter können nur durch das Einvernehmen der Großmächte geregelt werden.

London, 23. April. Die dem britischen Botschafter aus Konstantinopel zugehenden Berichte constatieren die Wahrscheinlichkeit einer Vereinbarung und des Rückzuges der britischen Flotte aus der Besikabai und des Rückzuges der Russen nach Adrianopel.

Petersburg, 23. April. Die „Agence Russe“ bezeichnet die Situation als unverändert. Technische Schwierigkeiten hinsichtlich des beantragten beiderseitigen Rückzuges erklären die längere Dauer der Verhandlungen. Gortschatoff ist unwohl.

Licitation.

Der noch übrige Vorrath von Schulbüchern, Bildern, Musikalien u. s. w., sowie die Gewölbs Einrichtung wird morgen den 25. d. M. im G. Vercher'schen Gewölbslokale eventuell auch unter dem Schätzwerte veräußert. (201)

Zu verkaufen:

Polnisches Gestütpferd, Wallach, Fliegenschimmel, 160 cm hoch, 12 Jahre alt, sehr vertraut, hübsch aufgesetzt, guter Geher. Näheres im Coliseum. (198) 3-2

Wiener Börse vom 23. April.

Allgemeine Staats-schuld.	Gelb	Ware		Gelb	Ware
Papiervente	61.40	61.50	Nordwestbahn	105.—	105.50
Silberrente	65.10	65.20	Kudolfs-Bahn	111.75	112.25
Goldrente	72.75	72.90	Staatsbahn	251.25	251.75
Staatsloose, 1839	316.—	318.—	Südbahn	68.75	69.—
„ 1854	107.25	107.50	ung. Nordostbahn	108.50	109.—
„ 1860	111.39	111.50			
„ 1860 (Stk)	120.50	121.—	Pfandbriefe.		
„ 1864	135.50	136.—	Bobentreditanstalt		
			in Gold	108.25	108.75
			in österr. Währ.	90.25	90.50
			Nationalbank	98.30	98.50
			ungar. Bobentredit-	94.—	94.50
			Prioritäts-Oblig.		
			Elisabethbahn, 1. Em.	94.25	94.50
			fert. Nordb. f. Silber	106.75	107.25
			Frank-Joseph-Bahn	88.75	89.—
			Galliz.-Ludwig, 1. E.	103.25	103.75
			Def. Nordwest-Bahn	88.60	88.80
			Siebbürger Bahn	64.75	65.—
			Staatsbahn, 1. Em.	158.50	159.—
			Südbahn à 3 Perz.	112.—	112.50
			„ à 5 „	94.—	94.25
			Privatloose.		
			Kreditloose	159.75	160.25
			Kudolfsfistung	14.50	15.—
			Devisen.		
			London	121.85	121.95
			Geldsorten.		
			Dukaten	5.74	5.75
			20 Francs	9.70 ¹ / ₂	9.77 ¹ / ₂
			100 d. Reichsmark	60.10	60.20
			Silber	106.30	106.50

Telegrafischer Kursbericht

am 24. April.

Papier-Rente 61.15. — Silber-Rente 64.85. — Gold-Rente 72.30. — 1860er Staats-Anlehen 111.—. — Bank-actien 792. — Kreditactien 210.50. — London 122.50. — Silber 106.85. — R. f. Münzbutaten 5.79. — 20-Francs-Stücke 9.82. — 100 Reichsmark 60.40.